



KOMMENTAR

Ein neues SOG M-V ... oder wie man Gesetze schon vorher verhindert

Eins ist doch hoffentlich jedem klar: Die Bevölkerung erwartet, dass die Polizei auch künftig all das bekommt, um die Bürger auch in Zukunft gut schützen zu können. Und dass dafür neben einer ausreichenden Polizeistärke und technisch gut ausgestatteten Polizistinnen und Polizisten selbstverständlich auch die dafür nötigen rechtlichen Befugnisse gehören, sollte ebenfalls klar sein.

Wenn also das für die Gefahrenabwehr einschlägige Sicherheits- und Ordnungsgesetz novelliert wird, ist es mehr als logisch, dass wir als Gewerkschaft der Polizei (GdP), neben vielen anderen, dies auch sehr eng begleiten und kommentieren. Schließlich soll es ein gutes und praxistaugliches Gesetz werden. Innerhalb einer großen Gewerkschaft gibt es da natürlich auch die unterschiedlichsten Ansichten und Meinungen. Aber am Ende steht eine gemeinsame Stellungnahme.

Das Gesetz wird nicht einfacher werden

Um es auch deutlich zu sagen: Ja, das Gesetz wird mit Sicherheit nicht einfacher und anwenderfreundlicher werden. Das ist auch nicht zu erwarten, wenn man höchstrichterliche Rechtsprechungen bei Grundrechtseingriffen umsetzen möchte. Und nicht alles kann und darf durch eine Generalklausel ermöglicht werden.

Aber anstatt öffentlichkeitswirksam Kritik zu äußern, sollte man sich in den demokratischen Gesetzgebungsprozess einbringen und den Abgeordneten im Landtag auch zutrauen, dass sie sich mit Hinweisen und Kritik auseinandersetzen, sie bewerten können und auch in Gesetze einbringen werden.

Zumindest die GdP wird den Parteien, den Fachausschüssen und dem Parlament für Nachfragen zur Verfügung stehen. Denn am Ende entscheiden schließlich die Abgeordneten im Landtag, wie ein Gesetz

ausgestaltet wird und ob unsere Anregungen übernommen werden oder auch nicht.

In der aktuellen Debatte zum SOG M-V stehen wir aber noch ganz am Anfang. Es gibt einen nicht öffentlichen Gesetzentwurf. Und über den, können die – die ihn kennen – lebhaft streiten, sachlich debattieren oder ihn kritisch im Anhörungsverfahren kommentieren. Aber eines sollte man gar nicht machen: ein noch in Erarbeitung befindliches Gesetz bereits jetzt in der Öffentlichkeit schlechtzureden.



GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher

Scheindiskussion wird begonnen

Trotzdem wird durch einige aktuell eine Scheindiskussion begonnen und das Bild des unfähigen Polizisten kreiert, der mit verfassungswidrigen Gesetzen einen Polizei- und Überwachungsstaat errichten will. Ob es vielleicht mit den in Kürze stattfindenden Kommunal- und Europawahlen zu tun hat? Das mag sich jeder selbst beantworten.

Zumindest – wir als GdP – werden auf die einzelnen Punkte, die wir kritisch im Entwurf angemerkt haben, erst dann öffentlich eingehen, wenn der abschließende Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren eingegangen und erkennbar ist, welche unserer Hinweise aufgenommen werden und welche nicht. **Euer Christian Schumacher**



Wir haben auch eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf abgegeben

Medienberichten zufolge hat der Landesdatenschutzbeauftragte dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Sicherheits- und Ordnungsgesetz ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Unter anderem soll nach Meinung des Datenschutzbeauftragten

der Gesetzentwurf nicht ausreichend verständlich, lesbar und anwenderfreundlich ausgestaltet sein, wodurch die Polizistinnen und Polizisten nicht in der Lage sein würden, fehlerfrei zu arbeiten. Hierzu erklärt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher (18. März 2019 – Anm. der Redaktion): „Gerade die Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben sorgt aus Sicht der GdP erst für die Komplexität des Gesetzes. Insofern überrascht es schon, dass ausgerechnet der Datenschutzbeauftragte erklärt, das Gesetz sei nun schwer zu verstehen.“



REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Juni 2019 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal MV, ist der 4. 5. 2019. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Sicherheitsversprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Landes halten

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf beabsichtigt die Landesregierung nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), das Sicherheitsversprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Landes zu halten. Das Polizeirecht sollte natürlich effektives und schnelles Handeln unter Zeitdruck vor Ort ermöglichen, und wir würden es begrüßen, wenn komplexe Regelungsgebilde im Gesetzentwurf klarer und handhabungssicherer ausgestaltet werden könnten. Die Gewerkschaft der Polizei MV hat daher auch im Rahmen ihrer Beteiligung eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf abgegeben.

ben. Auf die einzelnen Punkte werden wir öffentlich aber erst eingehen, wenn der abschließende Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren eingegangen ist und erkennbar ist, welche unserer Hinweise bereits aufgenommen wurden.

Insgesamt können aber der vorliegende Gesetzentwurf und die beabsichtigten Neuerungen als positiv bewertet werden, da wichtige rechtliche Befugnislücken geschlossen werden und die beabsichtigten neuen Eingriffsbefugnisse aus Sicht der GdP im Einzelfall zur Gefahrenabwehr hilfreich sein werden.

Christian Schumacher: „Die Bevölkerung erwartet, dass die Polizei all die nötigen rechtlichen Befugnisse bekommt, um sie auch in Zukunft gut schützen zu können. Dafür bedarf es neben einer ausreichenden Polizeistärke und technisch gut ausgestatteten Polizistinnen und Polizisten selbstverständlich auch klarer Befugnisse.“



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hildern
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

WIR IN DEN SOCIAL MEDIA

GdP MV
auf Facebook



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „Gefällt mir“-Button.

www.facebook.com/gdp.mv

GdP MV
auf Twitter



www.twitter.com/GdP_MV



DER LANDESVORSTAND

Zu der heute (12. März 2019 – Anm. der Redaktion) von der Landesregierung vorgestellten Halbjahresbilanz erklärt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, mit Blick auf die Innere Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern: „Vor knapp einem Jahr gipfelten die Forderungen der GdP MV nach mehr Personal in einem Schlagabtausch mit der Ministerpräsidentin. Offenbar hatte unsere ‚klapprige Fastenkuh‘ der Landespolitik die Augen geöffnet. Plötzlich war beim Finanzminister frisches Geld für zusätzliche Polizisten da, ohne dass in anderen Bereichen eingespart werden musste. Die GdP MV hat deutlich gemacht, dass mit ihr die ‚politischen Taschenspielertricks‘ nicht zu machen sind.“

Auch der Innenminister hat die Politik der letzten Jahre in Land und Bund maßgeblich mitbestimmt. Dass mit dem „Pakt für Sicherheit“ ein erstes, aber wichtiges Etappenziel zur Verbesserung der Situation der Landespolizei gesetzt wurde, begrüßt unsere Gewerkschaft sehr. Die Investitionen der letzten Jahre in die Ausrüstung der Kolleginnen und Kollegen, die in Aussicht gestellten Polizisten im Streifendienst oder die Bereitschaftspolizei in Anklam werden zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung beitragen.

Noch ein weiter Weg

„Aber beschlossen ist noch lange nicht umgesetzt. Denn noch sind die angekündigten jungen Polizistinnen und Polizisten zur Entlastung nicht in den Revieren angekommen. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg“, so Schumacher mit Verweis auf die knappen Kapazitäten an der Fachhochschule in Güstrow. „Hier werden wir der Landesregierung weiterhin ganz genau auf die Finger schauen und darauf achten, dass sie nicht wieder in ähnliche Muster verfällt und das neue Intervallfasten ausruft.“

Die Herausforderung der nächsten Jahre für die Landespolizei werden unter anderem das Gesundheitsmanagement in der Polizei, die Attrakti-



Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern zieht Halbzeitbilanz

Christian Schumacher: Es darf keine neue Fastenzeit geben!



Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern

www.gdp.de/mv +++ www.facebook.com/gdp.mv +++ www.twitter.com/GdP_MV

vität unserer Landespolizei als Arbeitgeber und die problembehaftete Zusammenarbeit mit dem Betrieb für Bau und Liegenschaften (BBL MV) sein. „Es kann bspw. nicht sein, dass Kollegen jahrelang in Containern hausen müssen. Hier sind auch die Ministerpräsidentin und der Finanzminister in der Pflicht“, so Christian Schumacher.

Fortbildung junger Kriminalistinnen und Kriminalisten verbessern möchte. In Richtung des Innenministers fordert Schumacher, „dass die Landespolizei bei der Aufgabe der Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer künftig spürbar entlastet wird“.

Der Landesvorstand

GdP MV weiterhin Gesprächspartner

Die Gewerkschaft der Polizei bietet sich auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode gerne als Gesprächspartner an, vor allem wenn die Landesregierung die Aus- und



GdP MV @GdP_MV · 15. Feb. 2018

Antwort an @ManuelaSchwesig

Wir so? 😞 ... ähm, ja wir 🤖🤖 fasten schon seit Jahrzehnten ...



„Ist unsere Demokratie noch wehrhaft?“

Wir hatten Ende April die Möglichkeit, mit dem Leiter des Verfassungsschutzes in Mecklenburg-Vorpommern ein kurzes Interview zum Thema „Wehrhafte Demokratie“ zu führen.

Am 23. Mai 2019 werden die Verfassungsschutzbehörden der ostdeutschen Länder und Berlins ihr 6. Gemeinsames Symposium in Schwerin ausrichten. Warum gerade das Thema „Wehrhafte Demokratie“?

Reinhard Müller: Das Jahr 2019 erinnert uns an bedeutende Daten der deutschen Geschichte: 100 Jahre Weimarer Republik, 70 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und 30 Jahre „Mauerfall“.

Am 23. Mai feiern wir den Verfassungstag, also ein passendes Datum, um sich eingehender mit dem Verfassungsprinzip der „Wehrhaften Demokratie“ zu befassen.

Die „Wehrhafte Demokratie“ für Freiheit und Sicherheit ist Ziel und gemeinsamer Auftrag aller Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder in Deutschland, also unsere „Geschäftsgrundlage“.

Verfassungsschutz hat eine Frühwarnfunktion

Als Konsequenz aus der prinzipiell auf legalem Weg erfolgten Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Dritten Reich hat der Verfassungsschutz eine Frühwarnfunktion. Er ist der „Brandmelder“, der bei Gefährdungen von Verfassungsprinzipien, die zusammengefasst als „freiheitliche demokratische Grundordnung“ bezeichnet werden, zu reagieren hat. Im Kern geht es dabei immer um die Frage, ob die Grundlagen eines gedeihlichen Zusammenlebens durch Angriffe auf die Menschenwürde, das Demokratieprinzip oder die Rechtsstaatlichkeit beeinträchtigt werden. Dafür stehen dem Verfassungsschutz bestimmte gesetzlich zugewiesene, auch die sog. nachrichtendienstlichen, Mittel der Beobachtung zur Verfügung.

Damit verbinden sich ein hoher Anspruch und eine hohe Verantwortung, was in der öffentlichen Diskussion jedoch nicht immer wahrgenommen wird.

Diese – von Verfassung wegen bestehenden gesetzlichen Aufgaben – etwas klarer zu machen, auch dazu soll das diesjährige Symposium beitragen.

Frage: Abgesehen von diesem symbolträchtigen Datum, welche inhaltlichen Überlegungen gibt es, sich jetzt mit dem Thema zu befassen?

Reinhard Müller: Die „Wehrhafte Demokratie“ ist, wie gesagt, die Grundlage unserer Arbeit und wird deshalb auch in unserem Landesverfassungsschutzsymbol verkörpert – dem Gebäude mit den drei Säulen, die für die Wertgebundenheit der Verfassung, die Abwehrbereitschaft des Staates sowie die Verlagerung der Beobachtung ins Vorfeld konkreter Gefahren und strafbarer Handlungen stehen.

Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass zu den klassischen Gefährdungen der freiheitlichen Verfassungsordnung neue hinzugekommen sind, die unter die „Brandmelderfunktion“ fallen.

Diese Gefährdungen resultieren aus Entwicklungen innerhalb Deutschlands, aber in zunehmendem Maße auch aus Entwicklungen im internationalen Bereich.

Zu den „klassischen“ Extremismen, also dem Rechts-, Links- und Ausländerextremismus, ist vor allem der Islamismus als gewalttätige Form des politischen Islam hinzugekommen, wobei der Salafismus als dessen archaische Interpretation die Innere Sicherheit besonders gefährdet.

Aber auch die sog. Reichsbürger und Selbstverwalter fordern den Staat heraus, indem sie ihm die Legitimität absprechen.

Festzustellen ist zudem, dass Extremismus und Terrorismus mit Cyber-, Clan- und Organisierter Kriminalität immer mehr zusammenwachsen. Dies ist auch eine Folge der gesellschaftlichen Veränderungen sowie der zunehmenden digitalen Vernetzung.

Damit einher gehen die weltpolitische Lage mit wachsenden Bevölke-



Foto (privat): Reinhard Müller

Kollege Reinhard Müller ist seit zehn Jahren Leiter des Verfassungsschutzes in M-V und damit einer der dienstältesten Verfassungsschutzchefs in Deutschland.

Nach dem Polizeieintritt im Jahre 1976 war er zunächst beim PP Köln im gehobenen Dienst tätig, im höheren Dienst beim LKA in Düsseldorf, u. a. als Leiter der Koordinierungsstelle der Spezialeinheiten und als Leiter der Beratergruppen für Fälle schwerster Gewaltkriminalität in NRW (KOST SE/BG) und geschäftsführender Vorsitzender der BG in Deutschland sowie Mitglied in der Polizei-Vorschriftenkommission.

Ende 1995 wechselte er als stellvertretender Direktor ins LKA MV, bevor er im Jahre 1999 bis zu seiner jetzigen Verwendung im Innenministerium als Referatsleiter 440 für die Kriminalitätsbekämpfung, internationale polizeiliche Zusammenarbeit und die polizeiliche Prävention Verantwortung trug.

Er ist seit 1980 Mitglied der GdP.

Im Verfassungsschutz sind in allen Laufbahngruppen auch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte tätig.

Näheres zum Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern – zu seinen gesetzlichen Aufgaben und zur Extremismuslage – sowie zum Symposium siehe unter:

www.verfassungsschutz-mv.de



INTERVIEW MIT DEM LEITER DES VERFASSUNGSSCHUTZES MV

rungszahlen insbesondere in Afrika, die Folgen der globalen Erderwärmung sowie die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen durch autokratische Staaten, allen voran die Volksrepublik China.

Frage: Was muss getan werden?

Reinhard Müller: Allen gesellschaftlichen Kräften und Verantwortlichen in Politik, Kultur, Kirchen, Wissenschaft, Medien, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft, allen, denen unser Land und unser Volk am Herzen liegt, sollte bewusst sein, dass Freiheit, Sicherheit und Wohlstand nicht selbstverständlich sind.

Grundlage dafür ist der freiheitliche Verfassungsstaat, der auf dem (unausgesprochenen) Grundkonsens über Werte und Normen beruht sowie auf dem Vertrauen darauf, dass Recht und Gesetz für alle gleichermaßen gilt und durchgesetzt wird.

Kurz gesagt: Das Recht hat dafür zu sorgen, dass es fair und gerecht zugeht – für das friedliche Zusammenleben eine entscheidende Voraussetzung!

Dazu gehört, dass der Delegitimierung des Staates und seiner Amtswalter – deutlich stärker als bisher - klar und entschieden entgegengetreten werden muss. Dabei steht außer Frage, dass sich die Träger des staatlichen Gewaltmonopols jederzeit berechtigter Kritik stellen müssen und bei Versäumnissen – von Rechts wegen – dafür die vorgesehenen Konsequenzen zu tragen haben.

Zugleich muss aber auch klar sein, dass der Respekt vor dem Recht und der Respekt vor denen, die dieses anzuwenden und ggf. durchzusetzen haben, nicht voneinander getrennt werden kann.

So zu tun, als sei die Delegitimierung der Rechtsanwendung Ausdruck einer demokratischen Gesinnung oder Folklore, verkennet diesen Zusammenhang und ignoriert sowohl die damit verbundenen Absichten als auch die daraus erwachsenden Gefahren für Freiheit und Sicherheit. Nebenbei bemerkt: Den Unterschied zwischen einer explizit antistaatlichen Haltung und Meinungsfreiheit – auch wenn sie in Form von Satire daherkommt – kennt der Verfassungsschutz.

Unverkennbar ist zudem, dass neben Politik und Wissenschaft Zivilgesellschaft und Medien auch als Player mit Gestaltungsanspruch

auftreten und damit den Verfassungsschutz als maßgebliche Bewertungsinanz für den politischen Extremismus in seinem Selbstverständnis fordern.

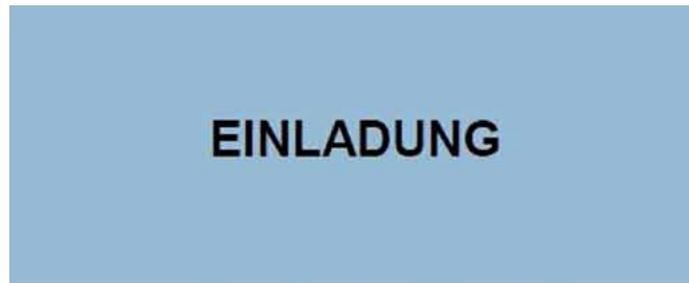
Frage: Braucht die „Brandmelder-App“ der „Wehrhaften Demokratie“ ein Update?

Reinhard Müller: Im Rahmen unseres diesjährigen Symposiums wollen wir uns mit den aufgeworfenen und anderen Fragen eingehender

und aus unterschiedlichen Blickwinkeln beschäftigen und einen Impuls für den gesellschaftlichen Diskurs geben.

Ich freue mich, dass wir dafür namhafte Experten gewinnen konnten und erwarte interessante Vorträge und spannende Diskussionen.

DP: Reinhard, alles Gute für das Symposium und die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz. Vielen Dank für das Gespräch!



**6. Gemeinsames Symposium
der Verfassungsschutzbehörden
der ostdeutschen Flächenländer und Berlins**



23. Mai 2019 in Schwerin



Wir waren bester Laune

Am 27. Februar 2019 hatten wir Senioren der Kreisgruppe Nordwestmecklenburg allen Grund gute Laune zu haben. Wie bereits im letzten und vorletzten und im vorvorletzten und dem Jahr vor dem vorvorletzten Jahr trafen sich Mitglieder der Seniorengruppe zu einem Langschläferfrühstück, das, wie im letzten und so weiter, so köstlich war, dass wir uns einig waren, im nächsten Jahr wieder.



Ja, dann war es wohl ein Semijubiläum, unsere fünfte Jahresauftaktveranstaltung in dieser Form in Folge. Mögen wir gemeinsam mit den Senioren, die in den Folgejahren unsere Gruppe verstärken, auch die

nächsten fünf bei guter Gesundheit und mit Spaß und Freude begehen können.

Kreisgruppenvorsitzende stellte sich vor

Inmitten der Lebensälteren eine junge Kollegin, die sicherlich nicht allen bekannt war, unsere im Dezember gewählte Kreisgruppenvorsitzende Maria Arndt. Nach kurzer Vorstellung war klar, Maria wird für die nächsten vier Jahre die Geschichte der Kreisgruppe Nordwestmecklenburg gemeinsam mit dem ebenfalls im Dezember gewählten Vorstand in die Hand nehmen. Bis Dezember 2019 erhält sie tatkräftige Unterstützung vom nunmehr „Vizi“, unserem Uwe Burmeister. Dann werden wir Uwe mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sehr gerne in unsere Reihen der lebensälteren GdP-Mitglieder aufnehmen.

60 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit

Nachdem sich Maria vorgestellt hatte, wurde es feierlich. Sie übergab unserem Mitglied Peter Schleede (Foto) für 60 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit eine Ehrenurkunde und gratulierte ihm zu diesem Jubiläum.



Gute Nachrichten gab Achim Büttner, unser Vertreter im Kreisgruppenvorstand, bekannt. Das vor der Wende gezahlte Pflegegeld wird nun endlich auf die Rente angerechnet. Demnächst erhalten wir entsprechende Anträge vom Landesvorstand, die ausgefüllt an die LVA übergeben werden sollen. Das wurde auf der Landesseniorenkonferenz, die am 6. März stattfand, bestätigt. Bestätigt wurde ebenfalls, dass der Antrag zur Bildung einer Arbeitsgruppe Beihilfe angenommen wurde. Drei Delegierte unserer Gruppe nahmen an dieser Konferenz teil. Ergebnisse und Auswertung sind mit Sicherheit in der nächsten Zeitschrift „Deutsche Polizei“ nachzulesen.

Ja, last, but not least, wir werden auch in diesem Jahr eine Radtour machen, wer es vorzieht zu wandern, darf das Fahrrad zu Hause lassen. Wir werden grillen, kegeln und haben die Möglichkeit, am nächsten Bürger- und Polizeiball und an der Jahresabschlussveranstaltung unserer Kreisgruppe teilzunehmen. Die Einladungen für alle Veranstaltungen werden rechtzeitig mit Angaben zu Zeit und Ort verschickt werden.

Ich freue mich auf ein interessantes Jahr in unserer Seniorengruppe.

Christiane Otting

... zum Frauentag

Die KG NWM hatte für alle Frauen am 8. März 2019 eine Blume mit GdP-Kärtchen und Schleife übergeben. Hier freuen sich Heike und Antonia aus dem Polizeirevier Gadebusch.



KG SCHWERIN

**Frühstück
im Landhaus
Bondzio**

Die GdP-Senioren der Kreisgruppe Schwerin trafen sich zum Frühstück im Landhaus Bondzio.

Unser erstes Frühstückstreffen im Landhaus Bondzio war ein voller Erfolg. Werner Vehlow – unser Senioren-Betreuer – hatte alles vorbereitet und den Vorsitzenden der GdP MV, Christian Schuhmacher, eingeladen. Dazu kam Bernd Reinhardt von der Signal Iduna, um über unseren weiteren Lebensweg zu informieren. Es kamen viele Senioren mit noch mehr Fragen, die alle beantwortet werden wollten.



Christian Schuhmacher gab sich redlich Mühe, alle Fragen genau zu beantworten, egal, ob es um das Problem mit dem Pflegegeld und um das neue Urteil dazu in M-V ging oder um die Tarifverhandlungen und die Demo in Schwerin. Es geht immer um die Durchsetzung von Verbesserungen für alle Angestellten – so betonte er. Neu war auch für viele, dass bei verstorbenen Senioren die Mitgliedschaft der GdP an den hinterbliebenen Ehepartner übertragen werden kann. Unser Seniorenbetreuer Werner Vehlow wird immer hilfreich dabei zur Seite stehen. In der letzten Zeit war er bei drei Jubilaren mit einem Präsent zu Besuch, um Glück und Gesundheit zu wünschen. Er wird auch die Formulare für die Anträge bzgl. des Pflegegeldes, das nachgezahlt werden soll, beim nächsten Frühstückstreffen im April mitbringen. Dieses Treffen soll eine schöne Tradition werden. Der Anfang war schon vielversprechend. Gut, wie Christian Schumacher sagte: „Jede Einzelne und jeder Einzelne zählt.“

Else Bös

KREISGRUPPE ANKLAM – SENIORENGRUPPE

Vorsätze für dieses Jahr

Am 13. März 2019 fand das zweite Treffen der Seniorengruppe in angenehmer Atmosphäre bei selbst gebackenem Kuchen und Kaffee in Anklam im „Südeck“ statt.

Neben sieben Kollegen der Seniorengruppe konnten wir als Gäste die frischgebackene stellv. Landesseniorenvorsitzende Renate Randel aus der KG Neubrandenburg und unseren 1. GdP-Kreisvorsitzenden Marco Bialecki begrüßen.

Der Tarifvertrag wurde von unserem 1. Vorsitzenden erläutert. Insbesondere ging er auf die verhinderte Änderung der Eingruppierung der Tarifbeschäftigten ein. Renate Randel berichtete über den Stand der Anrechnung des Pflegegeldes aus VP-Zeiten. Derzeit werden Vordrucke rechtssicher erarbeitet, die allen betroffenen Gewerkschaftsmitgliedern zur Verfügung gestellt und über die Kreisgruppen verteilt werden sollen.

Bernd Nabert und Alfred Wolff waren Delegierte bei der Landesseniorenkonferenz und berichteten über diese. Ihre Ausführungen wurden von Renate Randel ergänzt.

In Vorbereitung sind eine Veranstaltung zur Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung sowie eine gemeinsam mit den Partner/-innen ge-



plante Floßfahrt von Anklam nach Menzlin. Dort soll Schmackhaftes vom Grill gereicht werden.

Einladungen zu Treffen der Seniorengruppe werden nur grundsätzlich per Mail versandt und in die WhatsApp-Gruppe eingestellt. Senioren, deren E-Mail-Adressen nicht bekannt sind, werden gebeten, diese Bernd Nabert telefonisch (0 15 2 5/6 16 64 22) oder per Mail an bernd.nabert@t-online.de zu übermitteln. Wir würden uns freuen, mehr Senioren/-innen bei unseren Treffen wiederzusehen.

Bernd Nabert

Auszeichnung für Ex-Behördenleiter

Herzlichen Glückwunsch zur Ehrennadel des Landesportbundes Mecklenburg-Vorpommern e. V. in Gold!

Der Vereinsvorsitzende Klaus Wils vom PSV Anklamer Peenerobben e. V. hielt über 20 Jahre lang den Verein in ruhigen Fahrwässern und baute sich ein großes Netzwerk auf. Dennoch stand der Vorstand seit einigen Jahren vor einem schwerwiegenden Problem:



Die Schwimmhalle des Vereins ist in die Jahre gekommen und eine Schließung steht bevor. Klaus Wils setzte alle Hebel in Bewegung und verbrachte viele schlaflose Nächte mit der Suche nach der perfekten Lösung. Durch seinen unermüdlichen Einsatz schaffte er es die Stadtvertreter für sich zu gewinnen und auch die Politik stimmt zu. Der Neubau der Schwimmhalle wird kommen.

(Quelle und Bild: Landesportbund M-V)

**Lieber Klaus,
HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH
zu dieser Auszeichnung.**

Der Landesvorstand



Zehn Jahre „Zweites Frühstück und Paragrafen“

Am 19. März 2019 jährte sich eine erfolgreiche Veranstaltungsreihe der GdP-Kreisgruppe Neubrandenburg nunmehr bereits zum zehnten Mal. Die Neubrandenburger Senioren trafen sich zu einem gemeinsamen Frühstück im Offiziersheim der Neubrandenburger Tollensekaserne.

Wiederum konnten wir eine Reihe neu hinzugekommener Ruheständler in unserem Kreis begrüßen.

Die insgesamt 55 Teilnehmer kamen im ersten Teil des Treffens in den Genuss der ausgezeichneten Gastronomie des Offizierheimes, wofür an dieser Stelle den dortigen Verantwortlichen ausdrücklich gedankt sei.



Anschließend informierte Kollege Jörn Liebig, stellvertretender GdP-Landesvorsitzender, über das in der GdP-Mitgliedschaft enthaltene umfangreiche Leistungsangebot.

Selbst langjährigen GdP-Mitgliedern waren diese nicht immer vollumfänglich bekannt.

Im Anschluss berichtete unser frisch gewählter neuer Landesseniorenvorsitzender „Manne“ Seegert über die langjährigen, zähen Auseinandersetzungen mit der Landespolitik und dem Ministerium für Inneres und Sport in Bezug auf die Anerkennung der den Angehörigen der Deutschen Volkspolizei seinerzeit gezahlten Pflegegeldern für die Berechnung der aktuellen Rentenhöhe.

Wie wohl das Recht in Form eines jetzt entsprechenden Urteils die Rich-



tigkeit der 2008 (!) erstmalig erhobenen GdP-Forderung jüngst bestätigte, erscheint für die Umsetzung unserer berechtigten Forderung eine gewerkschaftliche „Begleitung“ dieses Prozesses auch weiterhin erforderlich.



GESCHÄFTSFÜHRENDE LANDESENIORENVORSTAND

Arbeit aufgenommen

Nach der Wahl auf der Landesseniorenkonferenz am 6. März 2019 traf sich der neu gewählte Geschäftsführende Landesseniorenvorstand am 20. März 2019 in Schwerin zu seiner konstituierenden Sitzung.

Die Aufgabenverteilung innerhalb der Geschäftsführung wurde beraten und als fortschreibend beschlossen.

Als Themenschwerpunkt gestaltete sich die Erarbeitung von Musteranträgen zur Anerkennung des Pflegegeldes als Bestandteil der Rentenansprüche während der Tätigkeit bei der Deutschen Volkspolizei. In Ausgabe 3-2019 Deutsche Polizei wurde darüber berichtet.

Allen Gewerkschaftsmitgliedern werden entsprechende Musteranträge zugeschickt.

Die Bereitschaft zur Kontaktaufnahme mit den polnischen Kollegen wurde signalisiert, und bei entsprechenden Rückläufen sind Aktivitäten geplant.

Eine Aktualisierung der Seniorenmappe wird erstellt sowie die

entsprechenden Begrüßungsschreiben.

Die Beschlüsse der Seniorenkonferenz haben auch Einfluss auf die veränderte Seniorenrichtlinie, die allen Kreisgruppen zugesandt wird.

Als Vorsitzende der Arbeitsgruppe Beihilfe wurde Renate Randel berufen. Sie wird sich mit noch zu findenden Mitgliedern beraten und praktische Hilfen der GdP zur Erleichterung im Umgang mit dieser erarbeiten.

Beschlossen wurde auch der 1. Sitzungstermin des Seniorenvorstandes. Dieser wird nach Rücksprache am 23. Mai 2019 in Waren stattfinden.

Eine spannende und arbeitsreiche Vorstandsarbeit wird auch in dieser Legislaturperiode erwartet.

Joachim Büttner

Eine wiederum rundum gelungene Veranstaltung endete um die Mittagszeit, wobei Übereinstimmung herrschte, dass dem ersten Jahrzehnt dieser Veranstaltungsreihe die nächste Dekade unbedingt folgen sollte.

Andreas Unmack

ÄNDERUNGSMITTEILUNG

Solltet Ihr umgezogen sein – oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk M-V, Platz der Jugend 6,
19053 Schwerin**

oder:

– per Fax an: 03 85/20 84 18-11
– per E-Mail: GdPMV@gdp.de

Eure GdP-Landesgeschäftsstelle

